

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Bürgermeister
Bearbeitet von: Herrn Werthenbach

Siegen, 09.02.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **22.02.2023**

Kurzbezeichnung:

Überprüfung der Rechtmäßigkeit der AfS-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt die Ausführungen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der AfS-Fraktion zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Beschluss vom 21.12.2022 wurde die Verwaltung beauftragt, die Rechtmäßigkeit des Fraktionsstatus der AfS-Fraktion in Kooperation mit der Kommunalaufsicht zu prüfen.

Hierzu wurde, auch in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht – zunächst ist die Stadt Siegen für die Prüfung der Rechtmäßigkeit zuständig – die Kanzlei Redeker/Sellner/Dahs, Bonn, mit der Prüfung des Sachverhalts beauftragt. Ziffer III. des Gutachtens schließt mit dem Ergebnis ab, dass „der unter der Bezeichnung „Alternative für Siegen“ im Stadtrat auftretende Zusammenschluss von zwei Stadtverordneten, die Parteimitglieder der AfD sind, ist seit seiner Konstituierung im September 2022 eine rechtmäßig gebildete Fraktion im Sinne von § 6 GeschO NRW.“

Gutachterlich wurde durch die Kanzlei Redeker folgende rechtlichen Aspekte gewürdigt, die im Ergebnis zu dem beschriebenen Fazit kommen:

1. Mindestgröße eine Fraktion nach § 56 GO i. V. m. § 6 GeschO des Rates der Stadt Siegen
2. Sonstige statusbezogene Hindernisse
 - a. Assoziierungsrecht und Freiwilligkeit der Vereinigung

- b. Gebot politische Homogenität einer Fraktion
- c. Verpflichtung zum Beitritt zu einer bestimmten Fraktion
- d. Verbot einer Parallelfraktion
- e. Missbräuchliche „Fraktionsmehrung“
- f. Funktions- und Arbeitsfähigkeit des Rates

Die Prüfung hat dabei insbesondere auch die von der VOLT-Fraktion in ihren Antrag aufgeführten Ausführungen des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages betrachtet wie auch die Frage erörtert, inwiefern die weiter bestehende Parteizugehörigkeit zur AfD bei der Fraktionsbildung zu berücksichtigen ist.

Die gutachterliche Stellungnahme kommt zu dem Ergebnis, dass eine unzulässige Fraktionspaltung oder missbräuchliche Fraktionsmehrung nicht vorliegt. Es gibt keine Hinweise auf eine erhebliche Verschiebung der Machtverhältnisse bzw. auf eine nicht hinnehmbare Beschneidung der Rechte der übrigen Fraktionen. Die ist aber die Voraussetzung, die der wissenschaftliche Dienst des Bundestages formuliert hat und auf die sich die VOLT-Fraktion bezieht. Weiterhin gibt es keine Hinweise darauf, dass sich die Mitglieder der AfD- wie der AfS-Fraktion aus taktisch-opportunistischen Gesichtspunkten im Konsens getrennt bzw. neuorganisiert haben. Auch die aufgeworfene Frage der VOLT-Fraktion bezogen auf die weiter bestehende Parteizugehörigkeit der beiden AfS-Fraktionsmitglieder kann in diesem Kontext unbeantwortet bleiben. Vielmehr ist diese Tatsache eine Frage des Parteienrechts.

Insofern bestehen keine Zweifel an dem rechtmäßigen Zustandekommen der AfS-Fraktion.

Ergänzend sei aufgeführt, dass die Verwaltung unabhängig von der politischen Ausrichtung einer Fraktion generell keinen Verwaltungsakt erlässt, mit dem ein Fraktionsstatus explizit festgestellt wird.

Sofern die VOLT-Fraktion weiterhin an der Rechtmäßigkeit des Fraktionsstatus zweifelt, ist der Rechtsweg über einen Kommunalverfassungskstreit anzuführen.

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.